



## Der Geldgott

Das unkontrollierbare Verlangen nach einem Glück der Zukunft, das nicht durch »Reichtum« zu erreichen ist. Peter Hacks' Komödie über Zumutungen und Zwänge des Kapitalismus. Von Jürgen Pelzer

SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf [jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 26. NOVEMBER 2021, NR. 276 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

[WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

### Halbwahrheiten

Viel Desinformation in westlichen  
**3** Berichten über russische Truppen an der Grenze zur Ukraine

### Nullnummer

»Rot-gelb-grüner« Pakt: Bekenntnis  
**4** zu Geheimdiensten im Innern und der Drohnenbewaffnung

### Vollschrott

Kaputtes Pflegesystem in Britannien:  
**7** Premier bringt knapp seine »Reform« durchs Parlament

### Dunkelfeld

Steigende Zahlen von Gewalttaten in  
**15** Partnerschaft. Prävention und Sensibilisierung nötig



# Kampf in der Kälte

»Organisierung, Organisierung, Organisierung!« – Demonstration am Donnerstag auf der Straße des 17. Juni in Berlin

Tausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für bessere Arbeitsbedingungen auf der Straße. Tarifgemeinschaft mauert. **Von David Maiwald**

Heute ist kein Arbeitstag, heute ist – Streiktag!« skandiert die ganz im Neongelb der Warnwesten leuchtende Menschenmenge. Am Donnerstag morgen haben sich lange Schlangen an der Streikregistrierung vor dem Berliner Ernst-Reuter-Haus gebildet. Der Wind pfeift den Gewerkschaftern um die Köpfe, während sie sich von den laut aus den Boxen dröhnenden Bässen die Ohren wärmen lassen. Die Gewerkschaft Verdi hat an diesem grauen Novembermorgen wegen des andauernden Streits mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammen mit der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) und der ebenfalls im DGB organisierten Berufsvereinigung »Gewerkschaft der Polizei« zu Demonstration und Warnstreik aufgerufen. Rund 4.000 Beschäftigte trotzten der Kälte und zeigten sich kämpferisch.

»Wir zeigen heute sehr deutlich, dass

wir ein Angebot auf dem Tisch haben wollen«, kommentiert Verdi-Landesbezirksleiterin Andrea Kühnemann am Rande der Auftaktkundgebung gegenüber *Junge Welt* den Stand der Verhandlungen. Die TdL hat ein Angebot bisher vermissen lassen, alle Forderungen der Gewerkschaften wurden als »unrealistisch« zurückgewiesen. Trotz steigender Infektionszahlen waren die Beschäftigten daher gezwungen, sich zu versammeln, den Protest gemeinsam auf die Straße zu tragen. »Ja, hackt's denn?« fragt Jana Seppelt, Verdi-Sekretärin im Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin-Brandenburg, vom Lautsprecherwagen und versichert mit solidarischem Gruß an die Beschäftigten im Gesundheitswesen: »Wir passen auf!«

»Wir lassen uns nicht erpressen«, stellt Verdi-Chef Frank Werneke auch auf der zentralen Großkundgebung in Düsseldorf klar. Man werde nach zwei

gescheiterten Verhandlungsrunden »keinen Coronanotabschluss akzeptieren«. Es sei »ein Ausdruck mangelnden Respekts gegenüber den Beschäftigten«, dass die Tarifgemeinschaft noch immer kein Angebot vorgelegt hat, so Werneke. Nach Verdi-Angaben sind dem Aufruf der DGB-Gewerkschaften in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt rund 4.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst vor das Landtagsgebäude gefolgt. Die Gewerkschaft, die federführend in Verhandlung mit der TdL steht, fordert für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Anhebung der Löhne und Gehälter um fünf Prozent oder mindestens 150 Euro. Beschäftigte im Gesundheitswesen sollen eine tabellenwirksame Steigerung von 300 Euro erhalten. Für Auszubildende soll es 100 Euro mehr geben. Am Sonnabend werden die Tarifparteien in Potsdam in die dritte Verhandlungsrunde starten.

»Es muss mehr rauskommen als eine Nullnummer«, so Heiko Spletstößer, Vorsitzender der Fachgruppe Forstwirtschaft der IG BAU am Rande der Demonstration in Berlin zu *jW*. Forderungen könnten nicht mit »billigen Sprüchen« abgetan werden. Angesichts der Preissteigerungen werde die Krise schon jetzt faktisch aus den Taschen der Beschäftigten bezahlt, bemerkt Jana Seppelt am Rande der Abschlusskundgebung gegenüber dieser Zeitung – »das geht gar nicht«. Es sei eine »Frechheit«, dass die TdL die schwierigen Bedingungen der Pandemie ausnütze. Die Ampelkoalition sehe für die Finanzierung des öffentlichen Dienstes keine Vermögensteuer vor, auch die Schuldenbremse werde beibehalten. »Sie werden versuchen, das Geld bei den Beschäftigten zu holen«, ist sich die Gewerkschafterin sicher. »Da gibt es nur eine Antwort: Organisierung, Organisierung, Organisierung!«

## Schweden: Premierin nach Rücktritt vor Neuwahl

Stockholm. Die nach wenigen Stunden im Amt zurückgetretene Sozialdemokratin Magdalena Andersson erhält eine zweite Chance, zur schwedischen Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Parlamentspräsident Andreas Norlén schlug dem Reichstag in Stockholm am Donnerstag erneut vor, Andersson bei einer Abstimmung zur Ministerpräsidentin zu wählen. Dieses Votum soll planmäßig am Montag stattfinden. Die bisherige Finanzministerin war am Mittwoch kurz nach ihrer Wahl zur schwedischen Ministerpräsidentin zurückgetreten. Die Grünen hatten davor erklärt, die Regierung mit den Sozialdemokraten zu verlassen. Streitpunkt war, dass statt Anderssons Haushaltsentwurf ein alternativer Vorschlag mehrerer Oppositionsparteien vom Parlament gebilligt wurde. Daran waren erstmals die rechten Schwedendemokraten beteiligt gewesen. (dpa/W)

## Streiks gegen Ausbeutung bei Amazon



Berlin. Aus Anlass des Amazon-Rabattages »Black Friday« an diesem Freitag hat Verdi die Beschäftigten des Onlineshops zu Streiks aufgerufen. Ab der Nacht zum Donnerstag wollten die Beschäftigten in den Versandzentren Rheinberg, Koblenz und Graben bei Augsburg die Arbeit niederlegen. Der Ausstand ist Teil eines weltweiten Aktionstages, den die internationale Dienstleistungsgewerkschaft UNI Global Union, der auch Verdi angehört, zum »Black Friday« gegen die Ausbeutung durch Amazon organisiert. An den Aktionen unter dem Motto »Make Amazon Pay« beteiligen sich Beschäftigte unter anderem in den USA, Bangladesch, Spanien, Indien, Frankreich, Italien und Großbritannien. »Verdi unterstützt den weltweiten Aktionstag, denn auch hier gilt: Amazon muss zur Kasse gebeten werden«, so Orhan Akman, Verdi-Fachgruppenleiter für den Einzel- und Versandhandel. (jW)

■ Siehe Interview Seite 8

## Hunderttausend Coronatote in BRD

»Epidemische Lage« ausgelassen. EU-Behörde gibt Impfstoff für Kinder frei

Mehr als 100.119 Menschen sind seit Ausbruch der Coronapandemie in Deutschland an oder mit dem Virus gestorben. Das gab das Robert-Koch-Institut (RKI) in der Nacht zum Donnerstag bekannt. Dass die derzeitigen Todeszahlen – für die zurückliegenden 24 Stunden meldete das RKI am Donnerstag 351 Verstorbene – trotz eines neuen Negativrekords an gemeldeten Neuinfektionen von 75.961 bundesweit festgestellten Fällen und einer Siebentage-Inzidenz von 419,7 deutlich unter den teils mehr als 1.000 Toten pro Tag

im vergangenen Winter liegt, erklärt das RKI mit der Schutzwirkung der Impfung für einen größeren Teil der Bevölkerung.

Just an dem Tag, an dem die Hunderttausenderschelle der Coronatoten in der BRD überschritten wurde, lief die im März 2020 vom Bundestag ausgerufenen und mehrfach verlängerten »epidemische Lage von nationaler Tragweite« aus. Ein Ende der Pandemie bedeutet das indes nicht. Durch das neue, von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen durch den Bundestag gebrachte Infektionsschutzgesetz kann

der Staat weiterhin in die Grundrechte eingreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erlassen. Anfang Dezember wollen die Ampelparteien über schärfere Maßnahmen gegen Coronainfektionen beraten. »Wir haben uns zehn Tage Zeit gegeben, um zu sehen, sind wir bei den Boosterimpfungen, sind wir bei den Schutzmaßnahmen weit genug gekommen«, sagte die Grünen-Kovorsitzende Annalena Baerbock am Mittwochabend in der ARD.

Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hat unterdessen am Donnerstag laut *dpa* grünes Licht für die

Zulassung des Coronaimpfstoffes von Pfizer/Biontech für Kinder ab fünf Jahren erteilt. Wenn nun die EU-Kommission erwartungsgemäß zustimmt, wird so erstmals in der EU ein Coronaimpfstoff für unter Zwölfjährige zugelassen. Die Kommission sprach sich derweil gegen zusätzliche Reisebeschränkungen wie Tests oder Quarantänemaßnahmen für Geimpfte, Genesene oder frisch Getestete aus. Zudem trat die Brüsseler Behörde dafür ein, die Gültigkeitsdauer des EU-Impfnachweises auf neun Monate nach einer vollständigen Impfung zu beschränken. **Nick Brauns**

**jW** wird herausgegeben von 2.593 Genossinnen und Genossen (Stand 5.11.2021)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

